

Inhalt

Vorwort	5
Über den Umgang mit diesem Buch	17
Abkürzungsverzeichnis	21
Literaturverzeichnis	25
<hr/>	
A. WILLENSERKLÄRUNGEN UND VERTRAGSSCHLUSS	
§ 1 Grundlagen: Erfüllungsanspruch und Konsensprinzip	27
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	28
§ 2 Die Willenserklärung	29
I. Begriff	29
II. Arten von Willenserklärungen	29
III. Der Tatbestand einer Willenserklärung	30
1. Subjektiver Tatbestand der Willenserklärung	30
2. Objektiver Tatbestand der Willenserklärung	31
IV. Die Auslegung von Willenserklärungen	33
1. Empfangsbedürftige Willenserklärungen	33
a) Problem	33
b) Normative Auslegung nach dem objektiven Empfängerhorizont	34
c) Natürliche Auslegung nach dem übereinstimmenden Verständnis der Parteien	36
2. Nicht empfangsbedürftige Willenserklärungen	37
V. Abgrenzungen	38
1. Gefälligkeitsverhältnisse	38
2. Geschäftsähnliche Handlungen	40
3. Realakte	41
VI. Das Wirksamwerden von Willenserklärungen	41
1. Abgabe	41
a) Bedeutung der Abgabe	41
b) Zeitpunkt der Abgabe	41
2. Zugang	43
a) Problem	43
b) Die grundlegende Definition	43
c) Die Mindermeinungen	45
d) Einzelheiten	46
aa) Abgabe der Willenserklärung gegenüber dem Empfänger	46
bb) Der Anwendungsbereich von § 130 Abs. 1 S. 1 BGB	46
cc) Der Machtbereich des Empfängers	47
dd) Die Erwartbarkeit der Kenntnisnahme	49
3. Zugangsvereitelung	51
4. Der Widerruf einer Willenserklärung (§ 130 Abs. 1 S. 2 BGB)	52
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	53

§ 3 Der Vertragsschluss	54
I. Grundsatz	54
II. Der Antrag	55
1. Inhaltliche Anforderungen	55
a) Bestimmtheit	55
b) Rechtsbindungswille	56
2. Die Bindung an den Antrag	57
a) Die Dauer der Bindung	57
b) Der Ausschluss der Bindung	59
c) Der Einfluss von Tod oder Verlust der Geschäftsfähigkeit	60
III. Die Annahme	61
1. Inhaltliche Anforderungen	61
2. Rechtzeitigkeit	63
a) Verzögerung des Zugangs der Annahme	63
b) Verspätete Annahme	64
3. Annahme durch nicht empfangsbedürftige Willenserklärung gemäß § 151 BGB	66
IV. Einigungsmangel/Dissens	68
1. Fälle des Einigungsmangels	68
2. Rechtsfolgen	69
V. Vertragsschluss bei Versteigerung	71
VI. Besondere Anforderungen bei Verbraucherverträgen	74
1. Vertragsschluss im elektronischen Geschäftsverkehr	74
2. Extrazahlungen	75
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	75

B. TRENNUNGS- UND ABSTRAKTIONSPRINZIP

§ 4 Sachenrechtliche Grundlagen	77
I. Besitz und Eigentum	77
II. Die Übertragung des Eigentums an beweglichen Sachen	77
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	79
§ 5 Verpflichtungsgeschäfte und Verfügungsgeschäfte	80
I. Begriffe	80
II. Die rechtliche Unabhängigkeit von Verpflichtungsgeschäft und Verfügungsgeschäft	80
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	82
§ 6 Die Rückabwicklung bei Unwirksamkeit von Verpflichtungs- und/oder Verfügungsgeschäft	83
I. Kausale und abstrakte Geschäfte	83
II. Die einzelnen Ansprüche	84
1. Eigentumsherausgabeanspruch bei Unwirksamkeit der Übereignung	84
2. Bereicherungsanspruch bei Unwirksamkeit des Verpflichtungsgeschäfts	85

III.	Zusammenfassung der einzelnen Fallkonstellationen	86
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	87
§ 7	Der Sinn von Trennungs- und Abstraktionsprinzip	88
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	89
<hr/>		
C. FORMALE UND INHALTLCHE WIRKSAMKEITSVORAUSSETZUNGEN VON RECHTSGESCHÄFTEN		
§ 8	Formbedürftige Rechtsgeschäfte	90
I.	Formfreiheit und Formzwecke	90
II.	Arten der Form	91
1.	Textform (§ 126b BGB)	91
2.	Elektronische Form (§ 126a BGB)	92
3.	Schriftform (§ 126 BGB)	92
4.	Öffentliche Beglaubigung (§ 129 BGB)	93
5.	Notarielle Beurkundung (§ 128 BGB)	94
III.	Auslegung und Form	94
IV.	Folgen von Formverstößen	97
1.	Verstoß gegen gesetzliche Formvorschriften	97
2.	Verstoß gegen vereinbarte Formerfordernisse	99
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	99
§ 9	Gesetzwidrige Rechtsgeschäfte (§ 134 BGB)	101
I.	Regelungsgehalt von § 134 BGB	101
II.	Verbotsgesetze	101
III.	Umgehungsgeschäfte	102
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	103
§ 10	Sittenwidrige Rechtsgeschäfte (§ 138 BGB)	104
I.	Grundlagen	104
II.	Sittenwidriges Verhalten gegenüber dem Geschäftspartner	105
III.	Sittenwidriges Verhalten gegenüber Dritten und der Allgemeinheit	108
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	108
§ 11	Veräußerungsverbote (§§ 135–137 BGB)	109
I.	Absolute Verfügungsverbote	109
II.	Relative Verfügungsverbote	109
III.	Rechtsgeschäftliche Verfügungsverbote	110
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	110
<hr/>		
D. DIE FOLGEN DER UNWIRKSAMKEIT VON RECHTSGESCHÄFTEN		
§ 12	Teilnichtigkeit (§ 139 BGB)	111
I.	Grundsätze	111
II.	Einheitlichkeit und Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	112
1.	Einheitlichkeit des Rechtsgeschäfts	112

2. Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	113
a) Grundsatz	113
b) Quantitative Teilbarkeit und geltungserhaltende Reduktion	113
III. Der Parteiwillе	114
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	115
§ 13 Umdeutung (§ 140 BGB)	116
I. Allgemeines	116
II. Das Ersatzgeschäft	117
III. Der Parteiwillе	117
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	117
§ 14 Bestätigung eines nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141 BGB)	118
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	119
 E. ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN UND VERBRAUCHERSCHUTZRECHT	
§ 15 Die Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	120
I. Anwendungsbereich der §§ 305 ff. BGB	120
II. Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	121
III. Die Funktion von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	122
IV. Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen in den Vertrag	123
1. Einbeziehungsvoraussetzungen	123
2. Überraschende Klauseln (§ 305c Abs. 1 BGB)	125
3. Kollision von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	125
V. Auslegung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	126
VI. Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	127
1. Überblick	127
2. Voraussetzung der Inhaltskontrolle	127
3. Die Generalklausel des § 307 Abs. 1 und 2 BGB	128
VII. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung oder Unwirksamkeit einer Klausel	129
VIII. Möglichkeiten der Kontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen	132
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	132
§ 16 Verbraucherschutzhvorschriften	133
I. Hintergrund	133
II. Gesetzesystematik	134
III. Informationspflichten	135
IV. Widerrufsrechte	137
1. Grundlagen	137
2. Erklärung des Widerrufs	138
3. Widerrufsfrist	138
4. Folgen des Widerrufs	139
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	140

§ 17 Rechtsfähigkeit	141
I. Überblick	141
II. Beginn der Rechtsfähigkeit natürlicher Personen	142
III. Ende der Rechtsfähigkeit natürlicher Personen	142
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	143
§ 18 Geschäftsfähigkeit	144
I. Grundlagen	144
1. Begriff der Geschäftsfähigkeit	144
2. Stufen der Geschäftsfähigkeit	144
3. Der Konflikt zwischen dem Schutz nicht voll Geschäftsfähiger und der Verkehrssicherheit	145
4. Die gesetzliche Vertretung nicht voll Geschäftsfähiger	146
a) Der gesetzliche Vertreter	146
b) Handeln des gesetzlichen Vertreters und Handeln des nicht voll Geschäftsfähigen	147
5. Sonderfälle der Geschäftsfähigkeit	148
II. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	148
1. Überblick	148
2. Partielle unbeschränkte Geschäftsfähigkeit des beschränkt Geschäftsfähigen	149
3. Abgabe von Willenserklärungen durch beschränkt Geschäftsfähige	150
a) Rechtlich lediglich vorteilhafte Geschäfte	150
aa) Grundsatz	150
bb) Einzelfälle	150
cc) Rechtlich neutrale Geschäfte	154
b) Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	154
aa) Allgemeines zur Einwilligung	154
bb) Die Einwilligung nach § 107 BGB	157
cc) Die Einwilligung durch Überlassung von Mitteln nach § 110 BGB	157
4. Wirksamwerden von Willenserklärungen gegenüber beschränkt Geschäftsfähigen	161
5. Verträge ohne die erforderliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	163
a) Regelungstechnik	163
b) Genehmigung	165
c) Der Schutz des Vertragspartners	167
6. Einseitige Rechtsgeschäfte	168
III. Die Geschäftsunfähigkeit	169
IV. Bewusstlosigkeit und vorübergehende Störung der Geistestätigkeit	170
V. Zusammenfassung	171
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	172

G. WILLENSMÄNGEL

§ 19 Der Konflikt zwischen dem Schutz der Privatautonomie und dem Verkehrsschutz	173
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	177
§ 20 Bewusstes Auseinanderfallen von Wille und Erklärung	178
I. Geheimer Vorbehalt (§ 116 BGB)	178
II. Scheinerklärung und Scheingeschäft (§ 117 BGB)	178
III. Scherzerklärung (§ 118 BGB)	182
IV. Zusammenfassung	184
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	184
§ 21 Unbewusstes Auseinanderfallen von Wille und Erklärung	185
I. Mängel des Geschäftswillens	185
1. Fehler bei der Äußerung des Willens	185
a) Erklärungssirrturn (§ 119 Abs. 1 Alt. 2 BGB)	185
b) Inhaltsirrturn (§ 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB)	185
c) Unrichtige Übermittlung (§ 120 BGB)	186
d) Gemeinsame Voraussetzungen	186
e) Die Anfechtbarkeit des Verfügungsgeschäfts	187
2. Fehler bei der Willensbildung	188
a) Grundsatz	188
b) Eigenschaftssirrturn (§ 119 Abs. 2 BGB)	188
aa) Rechtsnatur	189
bb) Voraussetzungen	189
cc) Die Anfechtbarkeit des Verfügungsgeschäfts	192
3. Problemfälle	193
a) Rechtsfolgenirrturn	193
b) Kalkulationsirrturn	194
c) Automatisch generierte Erklärungen	197
II. Mängel des Erklärungsbewusstseins	200
III. Mängel des Handlungswillens	201
IV. Zusammenfassung: Feststellung des Inhalts einer Erklärung und Folgen von Willensmängeln	202
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	203
§ 22 Die Anfechtung wegen arglistiger Täuschung und widerrechtlicher Drohung	205
I. Vorbemerkung	205
II. Arglistige Täuschung (§ 123 Abs. 1 Alt. 1 BGB)	205
1. Täuschung	205
a) Erregung eines Irrtums	205
b) Täuschung durch Tun oder Unterlassen	205
c) Person des Täuschenden	206
2. Widerrechtlichkeit der Täuschung	208
3. Kausalität	209
4. Arglist	209
5. Die Anfechtbarkeit des Verfügungsgeschäfts	210

III. Widerrechtliche Drohung (§ 123 Abs. 1 Alt. 2 BGB)	211
1. Drohung	211
2. Widerrechtlichkeit	211
a) Widerrechtlichkeit des angestrebten Zwecks	212
b) Widerrechtlichkeit des eingesetzten Mittels	212
c) Widerrechtlichkeit der Mittel-Zweck-Relation	212
3. Kausalität	213
4. Subjektive Voraussetzungen	213
5. Die Anfechtbarkeit des Verfügungsgeschäfts	213
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	213
§ 23 Ausübung des Anfechtungsrechts und Rechtsfolgen	215
I. Die Erklärung der Anfechtung	215
II. Die Anfechtungsfrist	216
1. Anfechtung nach §§ 119, 120 BGB	216
2. Anfechtung nach § 123 BGB	216
III. Der Ausschluss der Anfechtung bei Bestätigung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts (§ 144 BGB)	217
IV. Die Folgen der Anfechtung	217
1. Nichtigkeit des angefochtenen Rechtsgeschäfts (§ 142 Abs. 1 BGB)	217
2. Einschränkung der Anfechtungsfolgen nach Treu und Glauben (§ 242 BGB)	219
3. Die Schadensersatzpflicht des Anfechtenden nach § 122 BGB	220
V. Die Anfechtbarkeit nichtiger Rechtsgeschäfte	223
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	224
H. STELLVERTRETUNG UND BOTENSCHAFT	
§ 24 Einführung	225
I. Die praktische Bedeutung der Stellvertretung	225
II. Das Wesen der unmittelbaren Stellvertretung	225
III. Die Voraussetzungen der unmittelbaren Stellvertretung	226
1. Aktive Stellvertretung	226
2. Passive Stellvertretung	227
3. Zusammenfassung	228
IV. Die Unterscheidung von unmittelbarer und mittelbarer Stellvertretung	228
V. Die Zulässigkeit der Stellvertretung	229
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	229
§ 25 Der Offenheitsgrundsatz	230
I. Grundprinzip	230
II. Das Handeln in fremdem Namen	230
III. Das Handeln unter fremdem Namen	231
IV. Das Geschäft für den, den es angeht	234
V. Die subjektiven Voraussetzungen	235
VI. Passive Stellvertretung	236
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	237

§ 26 Die Vertretungsmacht	238
I. Grundlagen	238
II. Maßgeblicher Zeitpunkt	239
III. Gesetzliche Vertretungsmacht	240
IV. Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht	241
1. Allgemeines	241
2. Vollmacht und Grundgeschäft	241
3. Die Erteilung einer Vollmacht	242
a) Allgemeines	242
b) Form	243
4. Das Erlöschen der Vollmacht	244
a) Grundsatz	244
b) Erlöschen nach Maßgabe des Grundverhältnisses	244
c) Widerruf	245
5. Einseitige Rechtsgeschäfte	247
V. Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins	248
1. Grundlagen	248
2. Überblick	250
3. Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins bei Erlöschen einer Außenvollmacht (§ 170 BGB)	251
a) Erteilung einer Außenvollmacht	251
b) Zurechenbarkeit	252
c) Kausalität	252
d) Gutgläubigkeit des Dritten	254
4. Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins bei Kundgebung einer Vollmacht (§ 171 BGB)	255
a) Kundgebung einer Vollmacht	255
b) Zurechenbarkeit	256
c) Kausalität	256
d) Gutgläubigkeit des Dritten	257
5. Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins bei Vorlage einer Vollmachtsurkunde (§ 172 BGB)	257
a) Vorlage einer Vollmachtsurkunde	257
b) Aushändigung der Vollmachtsurkunde an den Vertreter	259
c) Kausalität	259
d) Gutgläubigkeit des Dritten	259
6. Die Anscheinsvollmacht	260
a) Begriff	260
b) Der Streit um die Anscheinsvollmacht	260
c) Voraussetzungen	261
aa) Rechtsschein	261
bb) Zurechenbarkeit	261
cc) Kausalität	262
dd) Gutgläubigkeit des Dritten	262
7. Die Anfechtbarkeit einer Rechtsscheinvollmacht	262
8. Rechtsfolgen einer Rechtsscheinvollmacht	264
VI. Die Duldungsvollmacht	264
VII. Überblick: Vertretungsmacht	266

VIII.	Rechtsscheinhaftung bei Handeln unter fremdem Namen	266
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	267
§ 27	Vertretung ohne Vertretungsmacht	269
I.	Grundsätze	269
II.	Vertragsschluss ohne Vertretungsmacht	269
III.	Einseitige Rechtsgeschäfte	270
1.	Aktive Stellvertretung	270
2.	Passive Stellvertretung	271
IV.	Die Haftung des falsus procurator nach § 179 BGB	271
1.	Abschluss eines Vertrags ohne Vertretungsmacht	271
2.	Verweigerung der Genehmigung	272
3.	Ausschluss der Haftung nach § 179 Abs. 3 BGB	272
4.	Haftungsinhalt	272
a)	Kenntnis vom Mangel der Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 1 BGB)	273
b)	Keine Kenntnis vom Mangel der Vertretungsmacht (§ 179 Abs. 2 BGB)	273
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	275
§ 28	Einzelne Probleme des Stellvertretungsrechts	276
I.	Untervertretung	276
II.	Gesamtvertretung	278
III.	Die Anfechtung der Vollmacht	279
IV.	Willensmängel und Wissenszurechnung (§ 166 BGB)	284
1.	Prinzipielle Maßgeblichkeit der Person des Vertreters (§ 166 Abs. 1 BGB)	284
a)	Willensmängel	284
b)	Kennen und Kennenmüssen	285
2.	Ausnahmsweise Beachtlichkeit der Person des Vertretenen (§ 166 Abs. 2 BGB)	285
a)	Kennen und Kennenmüssen	285
b)	Willensmängel	286
V.	Der Missbrauch der Vertretungsmacht	288
1.	Problem	288
2.	Kollusion	288
3.	Nicht-kollusiver Missbrauch	289
VI.	Insichgeschäfte (§ 181 BGB)	291
1.	Problem	291
2.	Rechtsfolge	291
3.	Anwendungsbereich	292
a)	Selbstkontrahieren und Mehrvertretung	292
b)	Verträge und einseitige Rechtsgeschäfte	293
c)	Einschränkung und Ausweitung des Anwendungsbereichs	293
aa)	Problem	293
bb)	Einschränkung des Anwendungsbereichs	294
cc)	Ausweitung des Anwendungsbereichs	294
4.	Zulässige Insichgeschäfte	295
a)	Gestattung	295

b) Erfüllung einer Verbindlichkeit	295
5. Das Problem der Erkennbarkeit von Insichgeschäften	298
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	298
§ 29 Boten	300
I. Boten und Stellvertreter	300
1. Der Begriff des Boten	300
2. Die Abgrenzung von Boten und Stellvertretern	300
a) Aktive Stellvertreter	300
b) Passive Stellvertreter	302
II. Erklärungs- und Empfangsboten	304
III. Fehler bei der Übermittlung von Willenserklärungen	307
1. Fehler von Erklärungsboden	308
2. Fehler von Empfangsboten	310
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	310
I. GEGENRECHTE	311
§ 30 Einreden und Einwendungen	311
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	312
§ 31 Grundzüge des Verjährungsrechts	313
I. Begriff und Zweck der Verjährung	313
II. Gegenstand der Verjährung	313
III. Die Verjährungsfristen	313
1. Regelmäßige Verjährungsfrist	313
2. Sonderverjährungsfristen	314
3. Verjährung bei Rechtsnachfolge	314
IV. Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn der Verjährung	315
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	316
Definitionen	317
Stichwortverzeichnis	328